

**Schönlit's Signet**  
 modern, mit  
 des Sam. u. Bismarck.

**Rezeptionspreis**  
 monatlich 60 Pfennig frei  
 im Haus, durch die Post  
 gegen vorübergehende  
 1.00 Mk. ohne Postgebühren.

„Die Ärzte Welt“  
 (Anzeigungsverträge),  
 monatlich 10 Pfennig.

Rezeptions-Adressen:  
 Schriftleitung: Nr. 888,  
 Geschäftsstelle: Nr. 1047.

# Sozialistische Welt

**Anzeigerpreise**  
 betragen für die 6spaltigen  
 Monatsblätter ob. deren Raum  
 20 Pfennig.  
 Bei anderweitigen Anzeigen  
 25 Pfennig.  
 Anzeigen unter dem  
 Buchstaben H bis 100  
 die halbe Zeile zu 75 Pfennig.  
 Anzeigen  
 für die halbe Nummer  
 werden für den Preis des  
 vollen Monats gezahlt, wenn  
 die Anzeigensätze angegeben  
 sind.

Erhalten in die  
 Postanstalt.

## Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Buerfurt, Delitzsch-Bitterfeld,  
 Wittenberg-Schweinitz, Corgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.  
 Haupt-Geschäftsstelle: Post 42/43. Geöffnet wochentags von 7 Uhr früh bis 7 Uhr nachm. u. Schriftleitung: Post 42/43. Sprechstunde wochentags 7/12-1/2 Uhr mittags.

### Imperialistische Flottenpolitik.

Bei einer Segeltour in Hamburg haben der Hamburger Bürgermeister Dr. Burchard und Kaiser Wilhelm Flottenredner gesprochen. Beide haben sich meeresflotten und Flottenpolitik. Wilhelm II. verließ seiner Rede indes noch eine besondere Note, indem er betonte, daß die deutsche Flotte nicht lediglich zur Selbstverteidigung dienen müsse, sondern auch die Welt beherrschen müsse. Dieser in seiner Allgemeinheit ungelassen richtige Satz ist nun in der Presse, zum Beispiel in dem Organ der Seewirtschaft, der Rheinisch-Westfälischen Zeitung, so gebildet worden, als ob damit die Flottenpolitik ein Weltbeherrschungswort wäre. Das kann schon deshalb nicht richtig sein, weil ja zu der Wilhelmschen Flottenpolitik gerade die auffällige Rumpflotte Wilhelms II. den Anstoß gegeben hat. Ebenfalls ist anzunehmen, daß Herr v. Kiderlen den Kaiser nach Agradir ohne Wissen oder gar ohne Zustimmung seines Herrn entsandt hätte und dann heute noch im Amt sein würde. Wie weit der persönliche Anteil Wilhelms II. an der Auslieferung und Durchführungen seiner wenig erfreulichen Aktionen geht, wird sich schließlich je einwandfrei feststellen lassen. Aber die Weiterentwicklung dafür tritt er jedenfalls bei unseren Verfassungsverhältnissen. Es ist nur eine besondere Art des Absolutismus, für misslungene Aktionen irgendeine Einblendung unter dem Vorzeichen der kaiserlichen Exekutivgewalt zu suchen.

Wenn nun auch die liberale Presse die Verwirklichung in der Kaiserzeit mit Jubel begrüßt, so hat die Sozialdemokratie doch durchaus keinen Anlaß, in diesen Jubel einzustimmen. Unsere Stellung zu diesen Fragen entspricht nicht der der Liberalen, die eine vorwiegend imperialistische Ausdehnungspolitik unterstützen und nur eine unbedingte beschränken. Wir sind vielmehr Gegner der imperialistischen Ausdehnungspolitik überhaupt. Daß aber Wilhelm II. sich auch bei dieser Gelegenheit wieder zur imperialistischen Ausdehnungspolitik bekennt hat, geht aus den Schlussworten seiner Rede klar hervor: „Dafür kann ich mich einwenden, und dafür kann ich stehen: da, wo es notwendig ist, wird meine Flotte Ihnen folgen.“

Diese Worte sind doch nur ein symbolischer Ausdruck dafür, daß die Macht vorwiegend in den Händen der Kaiserzeit liegen sollte, eine größere Vorbereitung werden sollte, ein Gebot, ein Befehl, eine bestimmte Anweisung des englischen Imperialismus, in die Form gepaßt hat: „Erst kommt der Missionar, dann der Kaufmann, dann der Soldat.“

Diese Rahmen ist der europäische und nach ihm auch schon der amerikanischen Kapitalismus konsequent bis zu Ende gegangen überall dort, wo er auf Völker und Staaten trifft, deren Widerstandskraft den Machtmitteln der europäischen Kriegesflotte nicht entgegen war.

Japan lieferte eigentlich das erste Beispiel vollwertigen Widerstandes gegen die Ausdehnungselüste flottenreicher Europäer. Wäre Japan dem Jaren erlegen, dem Wilhelm II. ein, etwas vertriebt, bereits als Herr des Stillen Ozeans gefeiert hat, so wären in China und Persien sicher schon die Flottenstationen europäischer Mächte den europäischen Kaufleuten gefolgt. Nur unteren Augen vollzieht sich ja jetzt der letzte Akt in der Aufstellung der Flotte, trosprom Tripolis bisher die Weltung der westlichen halbeuropäischen Flotten gesten ist.

Wichtig ist gestellt vor europäischer Kaufkraft hat sich bis jetzt Japan. Die Westmächte, Birma, China oder auch die Türkei dauernd ihre Selbstständigkeit bewahren können, ist mindestens nicht zweifelhaft. Sie finden vorläufig noch ihren Schutz mehr in der Eiferdurst der kapitalistischen Mächte, als in der eigenen Kraft. Sonst aber ist die ganze Erde bereits aufgeteilt unter den europäisch-amerikanischen Ausdehnungszwingern.

Was aber hat es denn unter diesen Umständen zu bedeuten, wenn flottenreiche deutsche Kaufleute ermutigt werden, vordringen, damit die kaiserliche Flotte ihnen folgen könne?

Es eröffnet sich da ein recht bedenklicher Ausblick in die zukünftige imperialistische Flottenpolitik Deutschlands. Da die ganze bewohnte Erde bereits aufgeteilt ist, wäre eine Nachausdehnung des deutschen Reichs durch Flottenstationierung an irgendeinem Orte nur dann möglich, wenn vorher die Flaggen anderer Staaten dort niedergeholt würden. So etwas ist allerdings denkbar auf freies Willen. Durch Kauf hat Deutschland aus der Entmachtung des spanischen Imperialismus die Karolinen erworben, durch Vertrag von Frankreich die Kongopostal als Gegenleistung gegen die Anerkennung der französischen Oberhoheit über Marokko. Aber man braucht diese Beispiele nur zu nennen, um zu beweisen, daß so schlicht sich die Kolonialpolitik der deutschen Imperialisten nicht befehlen läßt. Die Sorte hungert nach fruchtbarer Erde. Gutwillig werden aber andere imperialistische Mächte den deutschen Konkurrenzanten ihre Ausdehnungsofferte, von denen sie sich selbst noch Profite verprechen, nicht unterlassen. Deshalb eröffnet die Antinomie von Flottenstationierung aus der Spur des deutschen Kaufmanns die Aussicht auf Konflikte mit befehrterter Hand. Aber diese Flottenstationierungspolitik blüht, unterstützt durch ein verderbenbringendes Treiben von unabwehrbarer Tragweite. Alle deutschen bürgerlichen Parteien haben denn ja auch in Konsequenz dieser Anschauungen für die Flottenstationierung gestimmt, durch die die Kriegesgefahr in Europa erheblich gesteigert wird.

Wir Sozialdemokraten dagegen können ihrer friedensgefährdenden und unterdrückungswütigen Tendenz wegen keine Befürwortung unterstützen. Die auf flottenreiche Flottenstationierungen im Gefolge launischmüßiger Boniere loszuführen.

Sind wir aber deshalb gegen launischmüßiger Bekämpfung über See? Welche nicht! Jede wirtschaftliche Unternehmung findet unsere Billigung, auch wenn sie sich im kapitalistischen Rahmen hält, sofern sie an sich produktiv ist und nicht unnütz Kräfte vergeudet. Daß innerhalb aller Unternehmungen natürlich die Arbeiter und Angestellten möglichst günstige Arbeitsbedingungen erlangt werden müssen, ist für uns Sozialdemokraten selbstverständlich, macht uns aber nicht zu Gegnern solcher Unternehmungen an sich. Kaufmännische Unternehmungen, die neue Gebiete der deutschen Handel erschließen, die den Konsum in rückfälligen Gebieten steigern und auf die dortige Produktion anregend einwirken, sind deshalb auch vom sozialistischen Standpunkt aus nur willkommen zu heißen. Was wir befehlen, ist, daß solche Bonierarbeiten zum Vorbild genommen wird, um mit Schiffen und Soldaten die neu erworbene Aushäufung zu unterziehen, aber bereits unterjochte Länder der europäischen Konkurrenz mit Gewalt abzugeben.

Wir sind der Meinung, daß dem Handel auch im Rahmen des kapitalistischen Wirtschaftslebens im großen und ganzen nur Schaden zugewandt werden kann durch die imperialistische Einseitigkeit mit Flotten und Kanonen. Ginge es nach uns, so würden die Kaufleute durch die ganz Welt umgestört Handel treiben können, in der Fremde genau so wie beiheim. Indem wir deutschen Sozialdemokraten im deutschen Reich und unsere Genossen in anderen Ländern auf eine solche Gleichberechtigung zu wirtschaftlicher Bekämpfung für jedermann befähigen hinarbeiten, bewahren wir uns als bessere Freunde des deutschen Handels als alle die flottenreichen Befürworter einer flaggenreichen Politik der Flottenaktionen.

### Die türkische Finanzkrisis.

Genosse Varduz schreibt uns aus Konstantinopel: Die Türkei befindet sich wieder in Geldverlegenheiten. Diese Geldverlegenheiten dürften bald, wenn es der Türkei nicht gelingen sollte, einen größeren Vordruch auf eine zukünftige Anleihe zu erlangen, eine akute Form annehmen.

Die Finanzschwierigkeiten des Reichs haben ihre allgemeinen und ihre besonderen Ursachen.

Die allgemeine Ursache ist die, daß man die alten Steuern, die hauptsächlich auf dem Dauerumtum ruhen, bis zum äußersten angepaßt hatte, ohne zugleich neue Steuerquellen zu erschließen. Der Gewinn des Zehnten wurde in diesen Jahren um mehr als 50 Prozent gesteigert — jetzt zeigt er eine sinkende Tendenz. Der Tabakbau und die Seidenzucht machen eine Krisis durch. Nur Baumwollbau prosperiert, aber sie ist noch zu gering entwickelt, um für den Fiskus von Bedeutung zu sein. Was den Getreidebau betrifft, so ist in diesem Jahre vielen Anzeichen nach mit einer Verminderung der Anbaufläche zu rechnen.

Eine besondere Ursache der Finanzkrisis ist der Krieg. Die direkten Kriegsausgaben sind allerdings auf Seiten der Türkei gering. Der Krieg hat aber eine Verminderung der Staatsentnahmen zur Folge. Die Zollerteigter vor allem gehen regelmäßig zurück. Das war auch nach der letzten Abrechnung für März der Fall. Die Finanzrechnung für April liegt noch nicht vor. Es steht aber vor dem Vordringen, daß in diesem Monat der Schließung der Daranellen der Ausfall ganz besonders hart gewesen sein muß.

Zu alledem kommt die Politik der europäischen Hochfinanz, die daran interessiert ist, die Geldschwierigkeiten der Türkei zu steigern, um den Staat desto leichter von sich abhängig zu machen. Es ist dies mehr als bloß eine Tendenz, es ist ein zielbewußtes Handeln, das bis auf die Besatzung der Straßenteile, da die Türkei ihre erste Schuld aufnahm, sich zurückverfolgt löst. Die Geschichte der türkischen Staatsschuld ist so ungelänglich, daß sie geradezu grotesk wirkt. Wir wollen nur an einem Beispiel aus der Gegenwart zeigen, wie verschafen wird.

Nach der Umwandlung der türkischen Staatsschuld, die im Jahre 1903 übernommen wurde, wurde ausgemacht, daß für die Schulden jährlich 4 Prozent Zinsen und 0,48 Prozent Amortisation zu zahlen wären. Die bereits seit 1881 verpfändeten Eisenbahnlinie sollten nach wie vor als Garantie für diese Zahlungen dienen. Sollen diese Einkünfte die erforderlichen Zahlungen übersteigen, dann sollten drei Viertel davon dem Staat zufließen und ein Viertel zu einer außerordentlichen Tilgung verwendet werden. Dieser Fall trat denn auch sofort nach der Umwandlung ein, und die Lebergeschiffe stiegen seitdem von Jahr zu Jahr. Infolgedessen stieg auch die außerordentliche Amortisation. Diese betrug nach dem letzten Bericht der internationalen Schuldverwaltung für das abgelaufene Finanzjahr fast 1,5 Prozent des Kapitals. Wie man sieht, eine geradezu horrenden Zahl. Sie übersteigt die ursprüngliche in Aussicht genommene Amortisation um 300 Prozent und läßt sich vergleichen in der Geschichte der Staatsanleihen. Africa, während die Türkei jährlich neue Schulden zur Deckung ihres chronischen Defizits machen muß, zwingt man sie zugleich, ihre alten Schulden anzufaulen. Sie muß neue Schulden machen, um die alten Schulden zu tilgen, und man zwingt ihr dabei eine Amortisationsquote auf, wie sie selbst Staaten in höchster Prosperität sich nicht leisten können. Aber jede neue türkische An-

leihe gibt der hochfinanz neue Garantien in die Hände, so daß schon jetzt ein hartes Bitternd der Einkünfte des Reichs sich in fremder Verwaltung befindet, jede neue Anleihe die Möglichkeit, der Türkei Eisenbahnstationen und sonstige Putschmaßnahmen abzurufen.

Würde man die Türkei auch nur von der außerordentlichen Amortisation der unisierteren Schuld befreien, so würden für den Staat jährlich rund 300 000 türkische Pfund, d. h. fast 7 Millionen Franzos frei werden. Die Verwaltung der Staatsschuld hat aus allerzeit einen Referendums angenommen, der 2 Millionen türkische Pfund betrug. Dieser Fonds war bestimmt, die regelmäßige Zinsauszahlung zu sichern für den Fall, daß die Jahreserträge dazu nicht ausreichen sollten. Diese Eventualität ist nunmehr, da die verpändeten Eisenbahnen, die ja zu keinem anderen Zweck verbraucht werden können und sich unter internationaler Verwaltung befinden, den verpändeten Betrag zwei Jahre lang nicht ausreichen ließen, völlig ausgeschlossen. Dennoch werden auf diese Weise 2 Millionen türkische Pfund dem Staate vorenthalten, der vielmehr bald beträchtliche Ausgaben zu bestehen.

Da die harte Tilgungsquote den Betrag der Staatsschuld rasch vermindert, so vermindert sich damit zugleich offenbar auch die Summe der für die Tilgung und die gewöhnliche Amortisation der Schuld nötig ist. Da aber die der Staatsschuldenverwaltung verpändeten Einkünfte sich nicht vermehren, sondern steigern, so wird offenbar die Quote der außerordentlichen Amortisation erst recht steigen. Es läßt sich mit Sicherheit ausrechnen, daß auf diese Weise in fünf Jahren die Amortisationsquote den Zinsfuß selbst übersteigen wird, so daß die Türkei für die gesamte Schuld an Zinsen und Tilgung mehr als 8 Prozent jährlich zu zahlen haben wird. Dieser hochfinanzielle Standpunkt im Orient wirtschaftlich und die Türkei in stetig wachsende Finanzkatastrophen hineinbringt.

### Politische Uebersicht.

Halle a. S., den 24. Juni 1912.

#### Der Kampf gegen die Erbschaftsteuer.

Auf die von uns wiedergegebenen Ausführungen der halbamtlichen Presse, Zeitung über die Erbschaftsteuerfrage, die darin gipfelte, daß lediglich der Ausbau der Reichserbschaftsteuer in Frage kommen könne, hatte die Kreuzzeitung das hehrdebrantische Schlagwort, man solle die Lebenden und nicht die Toten besteuern, ins Feld geführt. Darauf antwortet nun der konservativen Dresdener Anzeiger:

„Es wäre höchst bedauerlich, wenn das Blatt in der Aufgabe der Zeitung der konservativen Partei liege, denn es bliebe kein anderer Schutz, als die für die unbelchrbar zu halten. Was wären alle Erklärungen der Opfermilität, wenn den Worten nicht die Tat folgt? Mit der Hofrate: Wir wollen die Lebenden besteuern, nicht die Toten! Sollten die Gegner der Erbschaftsteuer selbst in länderlichen Volksversammlungen vorsichtig bringen wollen. Die Erben, denen die Steuer auferlegt werden soll, leben doch und werden im allgemeinen reich froh sein, wenn sie recht hohe Erbschaftsteuerlage zu erlegen haben. Ungehörigkeiten und Härten aber lassen sich recht gut bei jeder Steuer vermeiden.“

Auch diese Ausführung läßt darauf schließen, daß die türkische Regierung daran festhält, nur die Erbschaftsteuer als Beschleiser des Reiches zuzulassen. Das veranlaßt die Feinde der Erbschaftsteuer, mit erneuter Eifer gegen diese zu Felde zu ziehen. Die liberale Germania tut es, indem sie über Sachens Verbleibheit lottet und den sächsischen Finanzminister auffordert, das einmal die Frage zu beantworten:

„Woher will es ohne die 110 Sozialdemokraten die Mehrheit für die Erbschaftsteuer nehmen? Ist es aber auch bereit, alle Bedingungen anzunehmen, welche die Sozialdemokraten in ein solches Gesetz hineinbringen? Oder trägt man sich etwa mit dem Gedanken, daß dann der Bundesrat sein Gegen würde? Die Frage, an welcher gerade Sachens auch die Erbschaftsteuer feierlich läßt, ist ja jedermann bekannt; sie wird eine nicht zu unterschätzende Rolle noch spielen. Dann hört Sachens Verbleibheit von selbst auf.“

Dann schließt der Zentralblatt die „Schwierigkeiten“ einer Erbschaftsteuer als fast unüberwindlich, fucht aber weiter den Besitzenden auch die Erbschaftsteuer in anderer Form zu verleiden, obwohl ja das Zentrum den Antrag Volksamm-erberger, der eine solche Beschleiser fordert, hat durchbringen lassen. Die Germania schreibt nämlich weiter:

„Wenigstens auf die Lebenden geht es schon eher. Aber es müssen umfangreiche Vermögensmittel und harte Strafen für Defraudanten im Gefolge selbst vorgehen werden; auch dann wird noch keine beträchtliche Gleichstellung des mobilen und immobilis Kapitals zu erreichen sein. Als solche Vermögensmittel muß man mindestens zu allen vorhandenen noch hinzunehmen.“

1. Nebereigentliche Einkünfte in die Geschäftsbücher und die gesamte Korrespondenz durch die Steuerbehörden.

- 2. Befehlsgewalt der Geschäftsführer und Korrespondenzen auf dem Wege des Zehes.
  - 3. Gerichtliche Auseinandersetzung des gesamten Nachlasses.
  - 4. Eideszwang für alle in Betracht kommenden Erben.
  - 5. Eideszwang für die Banken, Sparkassen, Lebensversicherungsanstalten usw.
  - 6. Abfertigung aller Depots und Gelder bei den Banken, Lebensversicherungsanstalten usw. an das Nachlassgericht.
- Vielleicht weiß die fassliche Regierung noch einige zu nennen; wir sind jedenfalls für eine Fortsetzung recht dankbar.

Jedoch werden alle diese Beweismittel nicht ausreichen, falls nicht ganz allgemeine Strafen auf Steuerhinterziehung gesetzt werden. Als solche können u. a. in Betracht kommen:

1. Hoch hohe Geldstrafen; von Gefängnisstrafen braucht man sich nicht allzuweit zu verheeren. Denn mancher Defendant hat ruhig seine Wachen auf Staatskosten ab. Da der Defraudant immer am Geldbeutel gekratzt werden. Die heutigen Geldstrafen sind nicht ausreichend, das sieht auch Preußen ein und wundert sich darüber höhere Strafen.

2. Konfiskation des hinterzogenen Vermögens; eine solche ist unbedingt und in allen Fällen auszusprechen. Wer unter seinem Eid erklart, er habe nicht mehr als die angegebene Summe als Gesamtvermögen, der soll auch nicht mehr besitzen. Die Abschreckungstheorie muß hier vorbedenkt werden.

3. Abertrennung aller bürgerlichen Ehrenrechte ist als stets folgende Nebenstrafe festzusetzen; denn wer sich der Pflicht des Staatsbürgers entzieht, soll auch an den Rechten des Bürgers keinen Anteil nehmen und als gerichtet im Staats gelten.

4. Verlust der Orden und Titel kann für Kommerzienräte, Adelige usw. hinzukommen. Das wird in dieser Kreise gleichfalls heimlich und das mobile Kapital mehr herangezogen.

Wird solchen Kontrollvorrichtungen und Strafen darf man annehmen, daß der größere Teil des Kapitals doch verteuert wird und daß die neue Besteuerung keine Ungerechtigkeit wird. Dann ist auch der soziale Ausgleich vorhanden, nach dem man so laut ruf. Man sieht daraus, das das einfache Wort der Besteuerung doch sehr große Schwierigkeiten in sich birgt; und wir rechnen bestimmt damit, daß sie gefolgt werden können.

Die Schlüsselfrage sind natürlich nur eine Verhöhung derjenigen, die ersthaft eine Versteigerung wollen, während das Vorausgehende gegen eine solche abschrecken soll. Aus dieser Haltung des offiziellen Zentrumsorgans muß man schließen, daß der Antrag Baumann-Grünberger von Seiten des Zentrums nur als Maßnahme erachtet ist, um Zeit zu gewinnen, die die Besteuerung ganz beiseite zu schieben.

**Bundesrat und Erbschaftsteuer.**

Ein anscheinend offiziöses Notiz in den Berliner Neuesten Nachrichten gestattet Rückschlüsse auf die Stellung des Bundesrats zur Frage der Erbschaftsteuer. Die Notiz knüpft an kritische Bemerkungen der liberalen Presse über die Ablehnung des fortschrittlichen Erbschaftsteuervertrages im Bundesrat an und fährt dann fort:

„Wenn aus ihr (der Ablehnung) ein sachlicher Schluss gezogen werden darf, so einzig und allein der, daß der Bundesrat derjenigen Auffassung recht gegeben hat, die unter allgemeiner Weise nicht die Erfüllung parteipolitischer oder parteipolemischer Wünsche, sondern die Auswirklichkeit der allgemein anerkannten Grundzüge steuerlicher Gerechtigkeit erfüllt. Diesen Grundzügen würde eine Vorlage, die einseitig den Erbgarne erwordenen Besitz heranzieht, den stützenden Besitz aber freiläßt, der seinem Ausmaße oft sehr viel höhere Renten abwirft, zweifellos nicht entsprechen. Auf Grund der Entscheidung des Bundesrats darf also erwartet werden, daß die von der Reichsfinanzverwaltung auszuarbeitende Vorlage die verschiedenen Formen berücksichtigend, wie dies auch Reichsfinanzrat nicht auszusprechen hat.“

Soll das die Einleitung des Nächtens vor den Junkern und Ultramontanen sein?

**6. Gerlach von den Fortschrittlerern aus Marburg vertrieben!**

Es ist schon mitgeteilt worden, daß der Führer der Demokratischen Vereinigung, S. v. Gerlach, die ihm gebührende öffentliche Anerkennung in Marburg verweigert hat und daß er in Marburg nicht wieder zum Reichstag kandidieren will. Aber die Gründe, die v. Gerlach jetzt zu diesem Schritt veranlaßt haben, spricht er sich im freien Volk eingehender aus. Er schreibt da:

„Nicht wegen der Niederlage geht es mich. Nach der Wahl war ich fest entschlossen, weiter zu arbeiten. Aber ich habe mich davon überzeugen müssen, daß diese Weiterarbeit ohne praktisches Ergebnis bleiben müßte.“

Die Fortschrittler Marburgs entschlossen sich, mit finanzieller Unterstützung von Hanel und Beilert auszuscheiden gegen die Wahl, steht unbenutzt Geld zur Verfügung“, sagte mir einer — den thematischen Bernärdtungskampf gegen mich aufzunehmen.

Der bisherige Redakteur der Heffischen Landeszeitung, Poeschl, wurden zum fortschrittlichen Parteisekretär für Marburg vom 1. Oktober ab gewählt. Er sollte seinen Sitz nicht etwa in der Hauptstadt und dem politischen wie geographischen Zentrum Runkelns, Haffel, nehmen, sondern in Marburg. Allerdings, damit er vor allem in der Lage sei, mit meine Wähler abzentriert zu machen.

Es wurde beschlossen, ein fortschrittliches Organ für Marburg zu begründen, nachdem man vergeblich versucht hatte, mir meine Zeitung aufzukaufen. Das fortschrittliche Blatt sollte in Marburg erscheinen. Warum nicht in Kassel? Weil dort der Boden zu ungünstig ist, während er durch meine Arbeit in Marburg für eine Politik der linken gut vorbereitet ist.

In welcher Weise der Kampf gegen mich geführt werden würde, darüber wurde mit kein Zweifel geklärt. Mein eigener Redakteur Poeschl begann ihn bereits in meiner eigenen Zeitung in einer Weise, die mit Unaufrichtigkeit, aber auch gar nichts, zu tun hatte. Seine Kräfte ströht schon von dem „Material“, mit dem er gegen mich losziehen wollte. Mit persönlichen Angriffen wollte er mich vernichten. Vor allem wollte man meine Zeitung ruinieren. Ein Führer der Fortschrittler erklärte mir, mündlich und schriftlich, daß man mir durch Einmischung auf die Geschäftsliste die Jurastrafe abreiben wollte.

Meiner Kampfnatur entsprechend lag für mich die Verwicklung sehr nahe, trotzdem aber vielmehr gerade deshalb den Feindesband zurückzulassen. Freilich, der persönliche Kampf war mir immer widerlich. Ich hätte mich auch völlig außerhand gefühlt, eine Taktik wie der der Verbreitung von Interzeten mit den gleichen Mitteln zu begehen. Aber vielleicht wäre es doch möglich gewesen, bei einem Kampf mit anständigen Waffen aus einem fruchtlosen Gegner gegenüber die Oberhand zu gewinnen.“

8. Gerlach schließt seinen Artikel, in dem er noch mitteilt, daß er sein Blatt unter der Bedingung, daß es nicht zu Angriffen gegen die Demokratische Vereinigung und gegen ihn benutzt werden dürfe, an seinen Geschäftsführer Müller verkauft habe, mit folgenden Sätzen:

„Ich nehme hiermit Abschied von Marburg. Ob die Fortschrittler irgendwelche Früchte daraus ernten werden, bezweifle ich sehr. So wie ich die Stimmung unter meinen Wählern kenne, wird ein sehr großer Teil von ihnen, wenn er nicht mehr demotiviert wählen kann, einen Schritt weiter nach links geben. Gegen eine Rechtsentwicklung hat sie meine Arbeit immun gemacht. Und das ist wenigstens etwas.“

**Wahltravail und Landfriedensbruch.**

Wie in manchen anderen Wahlkreisen der preussischen Provinzen wurde auch in Gumbinnen-Interburg bei der letzten Reichstagswahl der Kampf mit höchster Erbitterung geführt. Es war daher verständlich, daß als am Stichtag die fortschrittliche Kandidat, Reichsanwalt Sieber in Interburg, über den konservativen Bewerber Heug, die fortschrittlichen Wähler in große Begeisterung gerieten. Man wollte dem Regierenden einen Radeslag veranlassen, der aber, wahrscheinlich infolge Einspruchs der Polizei, unterbleibt. Die Menge wich trotzdem nicht aus den Straßen, und als gegen 9 Uhr ein Mann von der Polizei verhaftet wurde, protestierte die Menge gegen die Ver-

haftung, weil sie glaubte, daß es sich um einen der Demokratischen Kandidaten ausdrachten, handle. Einige von den Leuten nahmen Partei für den Verhafteten, juchten ihn zu befreien und bewarfen dabei die Polizei mit Schmutz- und Eiertüchern.

Die Staatsanwaltschaft machte aus diesem Skandal eine Staatsaktion und leitete gegen eine Anzahl Bauhandwerker und Arbeiter ein Verfahren wegen Aufruhrs und Landfriedensbruchs ein. Das Justizbürgerliche Schöffengericht hat jetzt einen der Angeklagten wegen dieser Delikte zu einem Jahr vier Monaten Gefängnis, drei Jahren Exzelerat und vier Wochen Haft verurteilt. Der Mann ist Vater von fünf Kindern. Vier andere Angeklagte wurden zu einem Jahr sechs Wochen, zu einem Jahr, zu sieben Monaten und zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Die Angeklagten haben sich bis auf einen die ganze Zeit hindurch in Untersuchungshaft befunden.

**Der Segen des Militarismus für die Großindustrie.**

Von der österreichischen Regierung wird gegenwärtig eine Umfrage über die Wirkung der Kartelle veranlaßt. Als nun bei der Beratung über das Eisenkartell unter Parteigänger Dr. Carpesch die Frage aufkommt, wie es denn damit steh, daß das österreichische Eisenkartell der Kriegsmarine für die Lieferungen einen 15-20prozentigen Aufschlag bedeute, erwiderten die Nachhaher des Eisenkartells, die General-Direktoren Schäffer und Esterlann, daß dieser Aufschlag die Folge der strengen Anforderungen sei, die die Leitung der Marine an die Lieferungen stelle, und die Kartellbetreiber sagten hinzu, daß in Deutschland die Eisenwerte der Marine einen 25 bis 30prozentigen Aufschlag aus dem gleichen Grunde berechnen. Wenn das nun in Deutschland billig sei, so müsse das den Österreichern eben auch recht sein.

Für die deutschen Steuerzahler wird diese Mitteilung aus berufenem Munde nicht uninteressant sein, und es ergibt sich nur die Frage, ob das Eisenkartell bei Auftraggeber, denen es diesen Aufschlag nicht berechnen, die Lieferungen weniger genau und streng ausführt.

**Deutsches Reich.**

— Amnestie für kleine Strafen in Preußen. Aus Anlaß des Inkrafttretens der Strafgesetznovelle hat der preussische Justizminister eine allgemeine Verfügung an die Strafvollstreckungsbehörden erlassen, in der mitgeteilt wird, daß „Gnadenanträge“ in solchen Fällen gestellt werden sollen, in denen es der Billigkeit entspricht, die durch das neue Gesetz eingeführten Milderungen auch den Verurteilten zukommen zu lassen, die vor dem Inkrafttreten der Strafgesetznovelle verurteilt wurden. Die Strafvollstreckungsbehörden sollen solche Prüfungen eintreten lassen, wo die Verfüzung des Justizministers zur Anwendung kommen und an Stelle von Gefängnis Geldstrafen oder völlige Strafvergebung treten kann. Die Strafvollstreckung ist bei allen Verurteilten, die nach diesen Bestimmungen zu berücksichtigen waren, auszuheben. Hat die Vollstreckung einer Freiheitsstrafe bereits begonnen, so ist sie dann zu unterbrechen, wenn eine Aufhebung oder Milderung der Strafe beantragt wird.

— Nationalliberale Auflösung im Bochumer Wahlkreis. Der nationalliberale Generalsekretär Hans Scha, einem ehemaligen evangelischen Pastor, der mit dem Zentrum bei der letzten Reichstagswahl im Wahlkreis Bochum die Wahl des Abg. Detmann „gemacht“ hat, ist mit samt sechs seiner Unterleuten von der nationalliberalen Parteimitteilung gelöst worden. Die Kündigung wird auf die innere Kritik in der nationalliberalen Partei zurückgeführt.

Die Rheinisch-Westfälische Zeitung gibt als Grund für die Kündigung an, daß die Gerlandsche Partei einen ihre Unterstützung für die Zukunft in engsten Beziehungen haben, wohl eben infolge des Anschlusses der Rheinischen Großindustriellen an den altnationalliberalen Reichsverband erfolgt sein mag.

**Kleines Feuilleton.**

**August Bebel über Viktor Adler.**

Heute, 24. Juni, begeh Viktor Adler in Wien seinen 60. Geburtstag. Genosse August Bebel gedenkt des ausgezeichneten Mitkämpfers in einem für den Kampf, Heft 10, beigefügten Artikel, dem wir nachstehendes entziehen:

Unter den führenden Personen in der Internationale nimmt Viktor Adler eine erste Stelle ein. Es gibt wenige, die sich so allgemeiner Sympathie und Hochachtung erfreuen, wie er. Wo immer der kleine Mann mit dem dicken Haarbüschel und dem klugen Gesicht, dem die Ironie und der Wit, aber auch die Überbierigkeit aus den Augen leuchtet, im Kreise der Gesinnungsgenossen erscheint, wird er mit herzlichster Freude begrüßt.

Seine persönliche Bekanntschaft mit Viktor Adler datiert zurück in den Herbst des Jahres 1888. Nichts und ich kauften damals als aus Leipzig und der Antischaumpmannschaft Leipzig auf Grund des sogenannten Belagerungsartikels unter dem Sozialistengesetz ausgewiesene in Worsdorf, einer Station der Leipzig-Dresdener Eisenbahnlinie. Wir hatten beide in dem gleichen Saale und in derselben Etage unsere Wohnungen. Viktor Adler, von Werau Mediziner, aber aus Herzogentau Sozialpolitiker, hatte, wie wir nunmehr von ihm erfahren, die Absicht, seinen Beruf aufzugeben und sich um ein Fabrikinspektorat zu bewerben, das die neue Gewerbebegebung in Obererreich die Möglichkeit bot. Ihm sich auf diesen Beruf vorzubereiten, war er in England entsprechende Studien machen und um dort eingeführt zu werden, warnte er sich jetzt an Viehrecht um Empfehlungen an Friedrich Engels in London. Diese erhielt er natürlich bereitwillig. Von diesem Zeitpunkt ab datierte auch seine Bekanntschaft mit Engels, die gewiss den besten allmählich zu inniger Freundschaft sich gestaltete. Welch hohen Wert Engels auf Viktor Adlers ganze Persönlichkeit legte und wie sympathisch ihm dieselbe war, habe ich mehr als einmal aus Engels' Mund vernommen.

Unsere persönliche Bekanntschaft erneuerten wir auf dem ersten Internationalen Arbeiterkongress, der seit dem Untergang der alten Internationale, im Jubeljahre der großen Revolution, im Jahre 1889 in Paris stattfand. Hier war es Viktor Adler im Verein mit Vaillant, Lafargue, Liebknecht, mir und einigen anderen, die in vertraulicher Besprechung den

Plan zur Weltmission fassten und den begünstigten Antrag stellten. Aus einer Rede, die damals Viktor Adler über die Lage im österreichischen Kaiserreich hielt, hatet noch heute der lapidare Satz in aller Gedächtnis: „Bei uns in Oesterreich herrscht der Despotismus, genährt durch die Schlangengeißel, ein Diktum, das die fürmliche Geistesart des Kongresses hervorbrachte.“

1892 kam ich im Auftrag des deutschen Parteivorstandes nach Wien, um an Beratungen teilzunehmen, die eine Sanierung der finanziellen Verhältnisse der Arbeiter-Zeitung bezweckten, bei welcher Gelegenheit ich mich ständig in der Gesellschaft Viktor Adlers bewegte, den ich in diesem intimen Verkehr immer mehr schätzen lernte und lieb gewann. 1893 kam ich abermals, und zwar nach Schluß des Internationalen Arbeiterkongresses in Zürich, in Gesellschaft von Friedrich Engels nach Wien, wobei es denn ohne meine Zeit und eine große Versammlung, in der wir als Medner auf das Trapes mühen, nicht abging.

Seit jener Zeit sind meine Beziehungen zu Viktor Adler stets die allerbesten gewesen. Selten daß wir in einer wichtigen Frage in tiefere Meinungsverchiedenheiten gerieten, die aber unter freundschaftliches Verhältnis nicht beeinträchtigen. Er selbst hat sich von Jahr zu Jahr in immer höherem Grade als das Haupt der österreichischen Bewegung und als einer der führenden Geister in der Internationale erwiesen, der es auch verstand, einen Generalstab erstklassiger Kräfte um sich zu vereinigen.

Und so wollen wir ihm zu seinem sechzigsten Geburtstag von Herzen herzlichsten Dank absprechen. Für alle, was er für unsere große Sache getan und geopfert, auch wollen wir den wärmsten Wünschen für sein ferneres Wohlergehen Ausdruck geben, das ihm noch eine weitere Jahrzehnte währende Wirkksamkeit ermöglicht. Noch ist er der Unerbenbedürftige!

Viktor Adler, alter Freund und Kampfgenosse! Im Namen vieler Millionen begrüße und beglückwünsche ich dich. Wie werden wir zurückmarschieren, wohl aber immer vorwärts, dem Kampf und dem Sieg entgegen!

Der „Eigentümer“ des Kinobros über das Theater in Amerika. Der folgenschwerere wirtschaftliche Kontingenzkampf zwischen dem Theater und dem Kinobros, der in der alten Welt die Theaterbetreiber in eine mehr oder minder hart bedrängte Verlegenheitsstellung getrieben hat, vollzieht sich in Amerika in noch lauterem Maße. An dem Kampfe hat der American Viewers' Review beschäftigt sich Robert Grau mit der Schärfe dieses Wettkampfes und seinen Folgen, und weiß

noch, daß bereits ein sehr erheblicher Teil kleinerer Kinobros Wächern vor dem Kino insuliniert hat. Ein Drittel der New Yorker Theater vermochte sich vor dem Kinobros zu behaupten, noch dadurch zu retten, daß sie ihre Porten dem Kinomatographen öffneten. Es vermag fast keine Woche, ohne daß ein Theaterleiter, von der Teilnahme des Kinobros des Subtilitätstheaters gemacht, mit beiden Händen das linke rechte Kettenschieber an, daß die Gerlandsche Partei einen ihre Unterstützung für die Zukunft in engsten Beziehungen haben, wohl eben infolge des Anschlusses der Rheinischen Großindustriellen an den altnationalliberalen Reichsverband erfolgt sein mag.

Der Stadtkinobros zählt man mehr als 600 Kinomatographentheater, und selbst bei vorzüglicher Schätzung kommt man zu dem Ergebnis, daß diese Theater insgesamt täglich von ungefähr vier Millionen Menschen besucht werden. Das erklärt auch die Tatsache, daß die Kinomatschielarten für eine solche Aufnahme ein ganzes Vermögen ausgeben können. Der bekannte amerikanische Impresario William Brady äußerte sich in diesem Zusammenhang sehr pessimistisch über die Zukunft des amerikanischen Bühnenwesens. Die Filmfabrikanten können es sich leisten, für eine einzige Aufnahme oft 400 000 M. auszugeben, während wir für ein Schauspiel selbst in den Fällen, wo wir auf einen starken und dauernden Erfolg rechnen, noch nicht die Hälfte dieser Summe aufwenden dürfen. Und es gibt eine ganze Reihe von Filmen, die 200 000, 300 000 M. und mehr gefolgt haben. Die Verfilmung des Kinobros mit phonographischen Aufführungen bietet außerdem noch die Möglichkeit, im Kinomatographentheater aufzuführenden Hauptwerke und auch musikalische Werke aufzuführen. Diese Welttournee des Kinos und Phonographen legt sich immer mehr durch; mit ihrem Siegeszug wird der Triumph des Kinobros über das Theater vollkommener.“





— Gegen die Gewaltthätigkeit der Junker protestierten in Dresden am Freitagabend sechs überfüllte Volksversammlungen, die von circa 10 000 Personen besucht waren; sie gestatteten sich zu einer gewaltigen Demonstration für das gleiche Wahlrecht und gegen die Gewaltthätigkeit der Junker. Referenten waren die sechs sozialdemokratischen Abgeordneten des preussischen Landtages: die Genossen Vorchardt, Girsch, Hoffmann, Reinert, Liebricht und Ströbel.

— **Spiionage und kein Ende.** Sonnabend nachmittag hat die politische Polizei in Berlin eine Aufseher erregende Verhaftung vorgenommen. Der altliche Hauptmann Kofewitz ist von der russischen Armee, der vor einigen Wochen, um seine Vermählung unauffällig anstellen zu können, in Begleitung seiner Frau nach Berlin gekommen und hier in einem vornehmen Familienpensionat versteckt war, wurde unter dem dringenden Verdacht der Spionage festgenommen. Auch seine Frau wurde verhaftet, jedoch bald wieder entlassen, während Kofewitz, der der vollendete Spionage überführt erscheint, in Haft behalten wurde. In diese Angelegenheit sind noch zahlreiche andere Spione verwickelt, von denen einige bereits hinter Gitter und Mauer gelassen; andere konnten sich noch rechtzeitig in Sicherheit bringen.

Der russische Zar und Wilhelm II. treffen sich demnächst wieder einmal und werden sich bei dieser Gelegenheit erneut der innigsten Freundschaft verschreiben — was nicht hindert, daß Spione beider Länder häufig am Werke sind, Material zur Vernichtung des befreundeten Staates zusammenzutragen.

### Oesterreich-Ungarn.

Die Situation in Budapest ist unverändert. Vor und in dem Reichstag das alte Bild: Draußen Militär und Gendarmen, die dem oppositionellen Abgeordneten das Haus verließen, drinnen einige Abgeordnete der Regierungspartei, die im Handumdrehen die wichtigsten Gesetze ohne Debatte in einigen Minuten beraten und annehmen. Am Sonnabend wurden auf diese Weise 13 Gesetze (1) geschaffen. Der Wechseltouren, die der Möglichkeit schaffen will, den Abgeordneten bei Widerpenstigkeit gegen den Präsidenten das Mandat zu entziehen, ist auf Tagesdrängen dem Verwaltungsausschuß überwiesen worden. Sonnabend nachmittag 5 Uhr soll der Ausschuß über die Vorlage verhandeln. Die angehenden Abgeordneten der Regierungspartei bemühen sich dieses freie Willkür auf die Rechte der Abgeordneten zu verbinden; man hat mit der Sache sehr geheimnisvoll, so daß momentan gar nicht festzustellen ist, ob in die Verhandlungen eingetreten wurde.

Ein Flugblatt der Partei, das im Laufe dieser Woche in einer Million Exemplaren an die Bauern und Landarbeiter herausgegeben wurde, ist Sonnabend nachmittag 4 Uhr dem Untersuchungsrichter und dem Staatsanwalt konsigniert worden; es wurden natürlich keine Mütter mehr vorgelesen, sie waren längst in den Händen der Bevölkerung.

Am Freitag begann der Anklagesaal die Beratung darüber, ob die Gehirnen der Revolutionen weiter in Untersuchungshaft gehalten werden sollen. Von der ersten Gruppe, 17 Angeklagte, wurden 15 sofort auf freien Fuß gesetzt. Sonnabend verhandelte der Senat über die zweite Gruppe der Angeklagten, sie wurden sämtlich in Freiheit gesetzt. Eine dritte Gruppe kommt Montag zur Verhandlung und ist anzunehmen, daß auch von dieser Gruppe jeder der Wohnung und Beschäftigung hat, sofort freigelassen wird. Die Anklagen, die von der Polizei nach Spittelmann zu den furchtbaren Beschuldigungen des Vorbes, Einbruchs, Aufzuges und Widerstandes gegen die Staatsgewalt aufgekauft wurden, zerfallen in nichts. Trotz der politischen Mächten werden die Angeklagten höchstens wegen Verletzung der Staatsgewalt und Angriffs auf das Privatigentum verurteilt werden. Mit dem besten Willen können die Richter nicht anders, denn die Angeklagten beweisen, daß sie sich nur den Angriffen der Polizei widersetzt haben, um sich nicht von den Bajonetten niederbeugen zu lassen.

### Portugal.

Unruhen in Lissabon. In der portugiesischen Hauptstadt streifen neben den Arbeitern verschiedener anderer Gewerbe auch die Straßenräuber. Es ist dabei wiederholt zu Zusammenstößen mit Polizei und Militär gekommen. Auf dem Dom-Revolverplatz wurden in der Sonnabendnacht drei Bomben zur Explosion gebracht. Darauf ging Kanalerie gegen die dort angesammelte Menge vor und „zerstörte“ sie. Durch Revolvergeschüsse wurde eine Person getötet, mehrere wurden verwundet.

Die Straßenbahngesellschaft hat einen Teil ihrer früheren Angehörigen wieder eingestellt; sie erklärt, daß der Straßenbahnverkehr heute wieder aufgenommen wurde. Die Straßen Lissabons waren bis in die späten Nachstunden von einer erregten Menge erfüllt. Die republikanische Garde verhinderte Straßenaufläufe und „zerstörte“ die sich anammelnde Menge. Gegenwärtig ist die Ruhe wieder hergestellt.

Im ganzen Land herrscht große Arbeitslosigkeit. Die Mütter melden, daß im Cavado allein 12 000 Weber arbeitslos sind.

Lissabon, 24. Juni. Die Ausstandsführer der Straßenbahngesellschaft sind verhaftet worden. Der Marineminister hat Kriegsschiffe in den Hafen von Lissabon beordert, die die Werftstätten am Bord nehmen sollen. Zahlreiche Waffen und Munitionen sind bei den Ausständigen beschlagnahmt worden. Die Trambahnpolizei werden von Truppen bewacht.

### Türkei.

Keine Aussicht auf Frieden. In Wiener Regierungskreisen wird berichtet, daß sich gegenwärtig keinerlei Momente ergeben, die auf eine baldige Wendung des italienisch-türkischen Krieges hindeuten. Ebenso hat man sichere Informationen darüber, daß Italien vorläufig im Adriatischen Meer keinerlei Aktion vornehmen wird, die eine Schließung der Dardanellen zur Folge haben könnte.

Der gegenwärtig in Konstantinopel tagende Provisorische Kongreß des internationalen Komitees beschloß, für die Fortführung des Krieges bis zum Neuesten einzutreten. Den Kongreß beauftragt auch die Frage der Schaffung einer großen türkischen Kriegsmarine.

### Amerika.

Taft als Präsidentschaftskandidat aufgestellt. Aus der widerlich-brutalen Kabbalerei zwischen Roosevelt und Taft ist der derzeitige Präsident der Vereinigten Staaten einmütig als Sieger hervorgegangen. Taft wurde am Sonntag von dem großen Zukunftskongreß in Chicago, das sich „republikanischer Nationalkonvent“ nennt, im ersten Wahlgang als Präsidentschaftskandidat gewählt. Präsident ist er damit freilich noch lange nicht, und bis zur Wahl im November kann man noch allerlei Lebertränkungen erleben. Vorläufig ist es zu einer Spaltung der republikanischen Partei gekommen. Teddy Roosevelt, dessen maßloser Ehrgeiz durch die erlittene Niederlage aufs empfindlichste verletzt ist, wird eine neue „fortschrittliche“ republikanische Partei gründen und sich von dieser wahrscheinlich als Präsidentschaftskandidat wählen lassen. Er hat bereits die einleitenden Schritte zur Organisation einer neuen Partei getan und seine Beziehungen zu dem republikanischen Nationalkonvent formell gelöst.

Roosevelt hat jetzt erklärt, sein einziger Wunsch sei nunmehr, Taft gefolgt zu sehen. Er selbst werde im August in Denver (Colorado) einen besonderen Konvent zusammenberufen. Der Kampf wird also jetzt erst mit aller Heftigkeit entzünden.

Der republikanische Konvent hat Roosevelt zum permanenten Kandidaten gewählt. Der Delegierte des Staates New York, Allen, erklärte, die Anhänger Roosevelts könnten den republikanischen Konvent nicht anerkennen und fänden seine Resolutionen nicht als verbindend an. Dies war das Zeichen für eine neue Sympathieumgebung für Roosevelt, dessen Anhänger unangeführt riefen: „Wir wollen Teddy!“ Die Abgeordneten wurden schließlich handgreiflich, so daß die Polizei, die auf eine deutliche Demonstration gefaßt war, einschritt und der Standisjone ein Ende machte.

Chicago, 24. Juni. Der Nationalkonvent hat nach vorangegangenen hitzigen Szenen Taft mit 561 Stimmen zum Präsidentschaftskandidaten gewählt; auf Roosevelt entfielen 107 Stimmen. 844 Stimmen seiner Anhänger entfielen sich der Abstimmung. Zum Vizepräsidenten wurde Tafts Anhänger Sherman mit 541 Stimmen nominiert. Das Resultat rief keinerlei Lebertränkungen hervor, da es allgemein erwartet wurde. Noch in der Nacht boten Roosevelts Delegierte in einer zahlreich besuchten Versammlung Roosevelt die Reimination an, die dieser annahm, so daß er als selbständiger fortschrittlicher Präsidentschaftskandidat auftritt.

### Aus der Partei.

#### Viktor Adler.

In seinem 60. Geburtstage.

Viktor Adler, der verdienstvolle Führer und Vorkämpfer der österreichischen und damit der internationalen Sozialdemokratie, begeht heute (24. Juni) in voller körperlicher Mithigkeit und geistiger Frische seinen 60. Geburtstag. 1862 in Prag geboren, von Beruf Arzt, steht er nahezu dreißig Jahre an der Spitze der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung Oesterreichs.

Schon in seinen jungen Jahren sympathisierte er mit den sozialdemokratischen Bestrebungen, und bald wurde er einer ihrer eifrigsten Förderer und unerschrockenen Verfechter. Viel von dem, was die österreichische Sozialdemokratie heute ist, hat sie der aufopferndsten Tätigkeit Adlers zu verdanken. Als anfangs der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts auch in Oesterreich eine blindwütige Reaktion die aufstrebende sozialdemokratische Arbeiterbewegung mit der brutalen Gewalt von Ausnahmemaßregeln verfolgte und niederzumittpöbeln versuchte, da ergriff der damals vierunddreißigjährige Wiener Arzt mit fühner Hand die Fahne des Sozialismus, um sie fortan in un-

entwegtem Kampfe voranzutragen. Seine außergewöhnlichen Fähigkeiten als meisterlicher Redner (sowohl wie als glänzender, anfeuernder Schriftsteller) drängten ihn ganz von selbst an die führende Stelle. Seitdem hat er in unablässigem arbeitsreichen Wirken die österreichische Sozialdemokratie mit zu der Höhe und Bedeutung geführt, die sie heute im internationalen Sozialismus einnimmt. Nur wer die verworrenen und gesahnten Zustände kennt, die im nationalen Leben der Donaumonarchie herrschen, vermag die von Adler geleistete Arbeit ganz zu würdigen! Galt es doch zunächst, auch die innerhalb der österreichischen Partei bestehende Zersplittertheit und Uneinigkeit zu schlichten und zu beseitigen. Und hier ging Viktor Adler mit außergewöhnlichem Geschick und erfolgreichem Mut zu Werke. Seine ihm so oft falsch ausgelegten diplomatischen Fähigkeiten, in bestehenden inneren Parteifirrigkeiten zu vermitteln und auszugleichen, kamen ihm hierbei trefflich zu statten. In der 1886 von ihm gegründeten sozialdemokratischen Wochenzeitschrift „Die Gleichheit“ schuf er ein Organ, in dem er unter Aufbringung großer persönlicher Opfer förmlich unaufhörlich und erfolgreich für die Einigung wirkte, und zugleich mit Eifer und unerschrockenem Mut gegen die Reaktion zu Felde zog.

Auf dem Sainfelder Parteitag 1888 wurde auf der Grundlage des von ihm ausgearbeiteten marxistischen Programms die neue Sozialdemokratie Oesterreichs gegründet. Gleichzeitig nahm er sich mit großem Eifer der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung an und ging ihr mit Rat und Tat zur Seite. Sein tapferes Eintreten für die streikenden Wiener Pferdebahnarbeiter trug ihm als Redakteur der „Empfindlichen“ im Juni 1889 als erste Freiheitsstrafe vier Monate strengen Arrest ein. Die vom internationalen Kongreß 1889 in Paris beschlossene Waise für des internationalen Proletariats organisierte und bereitete er für Oesterreich förmlich in großzügiger und umfassender Weise vor. Der 1. Mai 1890 in Wien war zugleich auch die erste imposante und wichtige Demonstration gegen das bestehende Bierkurienwahlrecht, das jeden sozialdemokratischen Wahlerfolg unmöglich machte. Mit unermüdlicher Begeisterung nahm nun das österreichische Proletariat unter Adlers trefflicher Führung den Kampf gegen das infame Wahlrecht auf. Weitere gewaltige MassenDemonstrationen folgten. Im Jahre 1906 war es endlich dem wiederholten tapferen, kampfgewohnten Ansturm des Wiener Proletariats gelungen, eine Reform des Wahlrechts zu erzwingen. An diesen Kämpfen und Erfolgen hat Viktor Adlers beachtliches Führer- und Organisations Talent hervorragend Anteil.

Sein Wirkungskreis als Organisator der Massen, seinerzeitiger Agitator, vortrefflicher politischer Leiter der Wiener Arbeiterzeitung, erfuhr durch seinen Eintritt in das österreichische Parlament 1905 eine erprobte Erweiterung. Hier erwies er sich bald als ein wegen seines gründlichen Wissens geschätzter, wie seines heißenden Sarcasmus von den Gegnern gefürchteter, gewandter und schlagfertiger Parlamentsredner. Und soweit die Sozialdemokratie durch parlamentarische Betätigung positive praktische Erfolge erringen kann, darf hieran auch Viktor Adler manches Verdienst für sich in Anspruch nehmen.

Gleichsam organisch mit der österreichischen Sozialdemokratie verwachsen, ihr Haupt und ihre Seele geworden, war er auch dem internationalen Sozialismus in schwierigen Situationen wiederholt ein tüchtiger Berater. Auf den internationalen Sozialistenkongressen ist Viktor Adler ein ständiger, gern gefeierter Vertreter der österreichischen Sozialdemokratie, dessen klares, sicheres Urteil, reichen Kenntnisse und Erfahrungen als Parteiführer hier hochgeschätzt sind und der auch als Mensch von liebenswürdigem Wesen und vortrefflichen Charaktereigenschaften nicht minder beachtliche Wertschätzung genießt.

Mögen ihm noch recht viele Jahre fruchtbarer und erfolgreicher Wirrens im Dienste und zum Heile des internationalen Sozialismus vergönnt sein! Das wünschen wir ihm, und mit uns das sozialistische Proletariat aller Länder, an seinem 60. Geburtstage von ganzem Herzen!

Verantwortlich für Leitartikel, Politische Uebersicht, Parteinachrichten, Ausland, Gewerkschaftliches, Heuiletten und Vermischtes: Carl Bod, Lokales und Provinzielles: Wilhelm Koenen, beide in Halle.

Geschwunde der Redaktion von 1/2 bis 1/2 Uhr.

# Die bekannte Sensation

Halle a. S.,  
unser

# Grosser Inventur-Ausverkauf

beginnt Montag den 1. Juli.

# J. LEWIN

Halle a. Saale.

Marktplatz 2 u. 3.

Erstklassige Qualitäten.

Auffallende Preismässigungen.

Tausendfache Auswahl.

8 Uhr 20 **Walhalla.** 8 Uhr 20  
**Neues, Montag, neues Programm!**  
**Tymians Riesenschlager:**  
**„Garnisonschmerzen“**  
 Direktor Tymian als Rittmeister.  
**Alles wälzt sich vor Lachen!**  
 Ausserdem sämtliche Nummern neu!  
 Tageskasse 10-1½ und 4-6 Uhr. — Karten überall!

**Volkspark,**  
 Bargertrasse 27.  
 Mittwoch den 26. Juni abends 8 Uhr  
 im Garten:  
**Gr. Doppel-Konzert**  
 von dem berühmten  
**Deutsch - Amerikanischen  
 Männer-Quartett**  
 und der gesamten  
**Kapelle Engelmann.**  
 Eintritt 30 Pf inkl. städt. Billettsteuer.  
 Karten sind in den bekannten Zigarren-  
 Geschäften, in den Filialen des Allgemeinen Konsum-  
 Vereines sowie im Volkspark zu haben.  
 Um gütige Unterstützung ersucht  
 Die Geschäftsleitung.

**Geöffnet von  
 vorm. 9—11 Uhr abds.**  
 Täglich Konzerte,  
 Fesselballon, Leucht-  
 fontäne, Ver-  
 gnügungs-Viertel  
 Eintrittspreise:  
 Erw. 50, Kinder 25 Pf.,  
 ab 8 Uhr abends 25 Pf.

**DAMPE-MOLKEREI**  
 BUTTER  
 Gute, garantiert reine  
**Natur-Butter** 59 Pf.  
 ¼ Pfund-Stück  
**Allerfeinste Kleeblatt** 68 Pf.  
 ¼ Pfund-Stück  
**F. H. Krause.**  
 Tischkuch-Klammern  
 bei Ausbleiben monatl. Abgabe  
 werden sich vertrauensvoll an Frau  
 F. Franke, Oberhausen,  
 Albinstr. 14, Mühl-  
 erberet. — Frauen-Kat. gratis.

**Metallarbeiter**  
 Verwaltung Halle a. S.  
 Dienstag den 25. Juni cr.  
 abends punkt 8½ Uhr im „Volkspark“

**Funktionär-Sitzung**  
 (Vertrauensmänner und Kassierer).  
 Tagesordnung:  
**Die Aussperrung in Halle a. S.**  
 Die Kollegen werden um pünktliches Erscheinen  
 ersucht.  
**Die Ortsverwaltung.**  
**Mitgliedsbuch legitimiert.**

Durch unsere vorzüglichen Küchlerinnen sind wir in der  
 Lage, unseren Kunden, auch bei der größten Hitze  
 nur zu lebensfrische Speisen verkaufen zu können.  
 Wir empfehlen für Dienstag als besonders frisch:  
**Seehecht** mit Kopf (2-4 Pfund) 20 Pf.  
**Seelachs** ohne Kopf 20 Pf.  
**Cabeljau** ohne Kopf 20 Pf.  
**Schellfisch** ohne Kopf 26 Pf.  
**Karbonaden** bratfertig 26 Pf.  
**Austernfisch - Karbonaden** 45 Pf.  
**Rotzungen, Heilbutt, Steinbutt,**  
**hochfeine Matjesheringe**  
 à 10, 15, 20, 25 Pf.  
**Neue Vollheringe.**  
**„Nordsee“** Grösster Seefisch-  
 handel der Welt.

**Gegen Mundgeruch**  
**üben**  
**Haut-Bleichcreme**

**Wanzen mit Brut**  
 samie sämtl. Anzeiger ver-  
 tigt durch chemische Ver-  
 gung innerhalb 6 Stunden  
 deutsche Verzeichnung gegen  
 Anzeiger, Bauerstrasse 2,  
 Telefon 3045.  
**Wanzen mit Brut**  
 samie sämtl. Anzeiger ver-  
 tigt durch chemische Ver-  
 gung innerhalb 6 Stunden  
 deutsche Verzeichnung gegen  
 Anzeiger, Bauerstrasse 2,  
 Telefon 3045.

**Gemeinschaftliche  
 Orts-Krankenkasse  
 der Stadt Merseburg.**  
**Buchhalterstelle**  
 ist besetzt.  
 Der Vorstand.  
 Thiele.  
**Wohnungs-Anzeigen**  
 Gr. möbl. Stube für 2 Personen a. u.  
 Döberitz 4.4. — Dgl. gut Mittags-  
 tisch für 60 A. Friedrichstr. 6.

**Arbeitsmarkt**  
 Tüchtige  
**Erdarbeiter**  
 werden noch eingestellt.  
 Zu melden:  
**Leichbau Mückenber.**  
**Arbeiter** für  
 Steinbruch  
 werden gesucht. Galsenberg.  
 L. u. W. Broemme.  
**Wer** ersinnt praktische?  
 Schutz u. Verkauf übernimmt  
 Patenting. Hülsman, Berlin.  
 Friedema, Stubbenrauchstr. 88.

6,15 Uhr. **Apollo-Theater.** 6,15 Uhr.  
 Direktion: Gustav Poller.  
**Der Lacherfolg von Halle:**  
**„So'n Windhund!“**  
 Im „Lustspielhaus“ Berlin und „Schauspielhaus“  
 Berlin ausset Maltes ausserordentl. Bühnen!

**Geschäfts-Übernahme.**  
 Am heutigen Tage übernehme  
 wir das  
**Materialwaren- u. Viktualien-Geschäft**  
**Rannischstr. 16.**  
 Durch Guterkeit, gute Ware u.  
 reelle Bedienung hoffen wir, uns  
 besondere Kundenzahl jederzeit zu  
 verdienen zu helfen.  
 Umre vertrieblich Nachbarschaft,  
 Bekannte und Unbekannte bitten wir  
 um freundschaftliche Unterstützung.  
 Hochachtungsvoll  
**Bernhard Renschel und Frau.**  
 Dienstag den 25. Juni:  
**1. grosses Schlachtfest.**

Vorschriftsmässige  
**Wandervogelkocher,**  
 aus Aluminium, Setck 8 Mk.  
**C. F. Ritter,** Leipzigstr. 90,  
 Rabatmarken.  
**Neumark-Bedra.**  
**Wurst- u. Fleischwaren**  
 empfiehlt  
**R. Prinzer.**  
**Germania-Garten,**  
 Reilstrasse 133.  
 Jeden Tag als Spezialität aus  
 reinem Schweinegutt:  
**1a Rosbratwurst** mit Salat 40 Pf.  
**1a Bratwurst** mit Kartoffel- 40 Pf.  
**Hackepeter,** netts frisch 40 Pf.

**Kakao**, eigenes  
 Fabrikat,  
 von 90 Pf. 3 Pf. bis 21. 250  
 empfiel  
**Carl Borch,** Martialis. 1. Barm.  
 und Leipzigstr. 61/62.  
**+ Frauen +**  
 brauchen bei Schwäche u. Unver-  
 möglichkeit vom Weisheit nur Dr.  
**Scheidig's Salzwort.** Garant.  
 unerschöpflich. Pulver 4 Pf., Tropfen  
 6 Pf. — 10 Pf., 100 Pf. sämtl. heil-  
 mäßig. Bedarfsartikel billig.  
**Ph. Dr. Conrad Scheidig,**  
 Döberitz, S. Gröbenstr. 3a u. l.  
 Samenbedeutung. Rüdowstr.

**Eisbonbon**  
 mit verschiedenem Geschmack  
 empfiehlt  
**Rob. Schirmel,**  
 ob. Leipzigerstr. 71, Roter Turm  
 (Roland-Ecke),  
 Mansfeldstrasse 43.  
**Butterkühler**  
 ohne Eis, 50 Pf.  
**C. F. Ritter,** Leipzigstr. 90,  
 Rabatmarken.

**Bekanntmachung,**  
 betreffend Inventur- und Salton-Ausverkäufe.  
 Auf Grund des § 9 Absatz 2 des Gesetzes gegen den unlauteren  
 Wettbewerb vom 7. Juni 1909 (RGBl. S. 499) bestimme ich hiermit  
 für den Regierungsbezirk Merseburg nach Anhörung der Handels-  
 und der Handwerkskammer folgendes:  
 1. In Handels- und Gewerbebetrieben dürfen, sofern Salton-  
 und Inventurverkäufe im ordentlichen Geschäftsbetrieb üblich sind,  
 jährlich zwei Salton-Ausverkäufe stattfinden. Sofern einer von  
 diesen beiden Ausverkäufen aus Anlass der regelmäßigen jährlichen  
 Inventuraufnahme stattfindet, kann er auch als Inventurausverkauf  
 bezeichnet werden. Weitere Salton- oder Inventurausverkäufe sind  
 nicht gestattet.  
 2. Die Salton- und Inventur-Ausverkäufe sind auf die Zeit  
 vom 28. Dezember bis 10. Februar und vom 1. Juli bis 15. August  
 eines jeden Jahres beschränkt.  
 3. Die Dauer der genannten Ausverkäufe darf drei Wochen  
 nicht überschreiten.  
 Die Bestimmungen treten am 1. November 1910 in Kraft. Zu-  
 widerhandlungen werden gemäß § 10 des Gesetzes vom 7. Juni 1909  
 mit Geldstrafe bis zu 150 Mk., oder mit Haft bestraft.  
 Merseburg, den 5. Oktober 1910.  
 Der königliche Regierungspräsident. v. Gersdorff.

**Bekanntmachung.**  
 Es wird darauf hingewiesen, daß nach § 26 der Straßenpolizei-  
 ordnung bei der Anbringung von Irrenbänken über die Straßen-  
 ländt hinausragenden Anlagen, als Markisen, Beleuchtungsan-  
 lagen, Querüberbauten, Schenkblätter usw., unvor die städtische Er-  
 lautnis eingeholen ist, die bei den unfähigen Behörden nachgeholt  
 werden kann.  
 Die genaue Beachtung dieser oft übersehenen Vorschrift liegt  
 im eigenen Interesse der Beteiligten, die sich andernfalls neben ihrer  
 polizeilichen Befrafung dem aussetzen, daß die Anlagen auf ihre  
 Kosten wieder entfernt werden müssen.  
 Bekanntmachung und ähnliche Anlagen an den Einfriedigungen  
 von Vorgärten anzubringen, ist nach § 26 der Bauordnung  
 nicht gestattet. Aus grundsätzlichen Gründen kann auf Aus-  
 nahmen hieron nicht mehr berechnet werden. Inwieweit die  
 gesagte Anbringung von Vorgärten vorhandenen Abhängigkeitsmittel be-  
 stehen werden können, wird noch geprüft werden.  
 Halle a. S., den 18. Juni 1912.  
 D. Postverwaltungsamt.



Verbandstag der Holzarbeiter.

Vom 23. Juni ab sind die Delegierten des Holzarbeiterverbandes in Berlin zum neunten Verbandstag versammelt.

Die Entwicklung des Verbandes erfolgte sich in dieser Geschäftsperiode günstiger als in der vorigen. Die größere Ausdehnung des Verbandes kommt darin zum Ausdruck, daß sich in den zwei Jahren die Zahlstellen von 825 auf 874 vermehrt haben.

Die Entwicklung des Verbandes erfolgte sich in dieser Geschäftsperiode günstiger als in der vorigen. Die größere Ausdehnung des Verbandes kommt darin zum Ausdruck, daß sich in den zwei Jahren die Zahlstellen von 825 auf 874 vermehrt haben.

Table with financial data for 1908, 1909, 1910, 1911. Columns include Gelantrittnahme, Gelantrittsgabe, Vermögensbestand, Streifenunterführung, etc.

Das ergibt eine Vermehrung der Ausgaben für Unterführungen um 32 Prozent, obgleich die Mitgliederzahl nur um 20 Prozent gestiegen ist.

Ueber die Streiks und Lohnbewegungen sagt der Bericht, daß in der zweijährigen Berichtsperiode insgesamt 2130 (1908/09 984) Bewegungen stattfanden.

In den beiden Berichtsjahren wurden 794 Tarifverträge, gültig für 11424 Betriebe mit 116481 beschäftigten Personen neu abgeschlossen oder erneuert.

Die Inselbauern.

Roman von August Strindberg. Übersetzt von Emil Schering.

Carlson hatte am selben Abend von heimkehrenden Strömungsflüßigen gehört, daß man sowohl Gustaf wie den Pastor nach der Schäre Wägen habe bringen können.

Statt nun abzuwarten, wie der Pastor und Gustaf ihre Absichten gegen ihn ausführen würden, entwarf Carlson einen Plan, wie er ihnen begegnen konnte.

Als die ersten Gäste zu früh anlangten, da die Wasserzweignungen niemals pünktlich sein können, empfing sie niemand, verbot sich ihnen die Gäste um die Häuser, als seien sie zum schmarotzen gekommen.

Die Stunga war noch nicht abgetrocknet, Blasen auszuräumen, Wasser um die Häuser zu gießen.

Die Stunga war gekeuchert und belaubt; alle Möbel waren hinaus getragen und hinter eine Ecke aufgestellt.

Ein glücklicher Zufall hatte es gefügt, daß des Professors Frau und Kinder landeinwärts zu einem Geburtstage reisen mußten, und nur der Professor zu Hause war.

Table with financial data for 1910/11 and 1908/09. Columns include Angriffstreiks, Abwehrstreiks, Ausperrungen, Zusammen.

Dem Verbandstage liegen aber 300 Anträge vor. Wir werden über die Verhandlungen berichten.

Frauenbewegung.

Beschwerdefällen für Arbeiterinnen.

Die alljährlich erscheinenden Berichte der Gewerbeaufsichtsbeamten beweisen immer wieder aus neu, daß die Arbeiterschutzesetze, so unzureichend sie sind, ohne die organisierte Hilfe der Arbeiterschaft nicht durchgeführt werden können.

Aber trotz ihrer Kürze reden die Berichte dennoch eine deutliche Sprache. Schon die nachsten Zahlen über die in jedem Jahre festgestellten Verletzungen geben Aufschluß über die Mängel der Arbeiterschutzesetzgebung und der Institution, die für ihre Durchführung Sorge tragen soll.

Dabei reicht die Zahl der Gewerbeaufsichtsbeamten bei weitem nicht aus, um sämtliche revisionspflichtige Betriebe auch nur einmal jährlich kontrollieren zu können.

Wer nun selber in revisionspflichtigen Betrieben gearbeitet hat, wird wissen, wie schwer es für einen Außenstehenden ist, Verstöße gegen die gesetzlichen Vorschriften festzustellen.

wel sie den Verlust ihrer Stellungen befürchten, wenn sie der Wahrheit gemäß auf Fragen antworten.

Ist die Arbeiterschaft gut organisiert, kann sie natürlich auch für die Durchführung des Arbeiterschutzes Sorge tragen.

Man nun auch den Arbeiterinnen Gelegenheit zu geben, der Vorteile des Arbeiterschutzes teilhaftig zu werden, sind in einer Reihe von Orten Beschwerverstellen errichtet worden.

Arbeiterschuttsrat, Satz 42-43, entgegengekommen.

Es liegt im Interesse der Arbeiterinnen, an allen Orten solche Beschwerverstellen für Arbeiterinnen zu errichten und, wo solche vorhanden sind, in allen Betrieben auf sie aufmerksam zu machen und zur Inanspruchnahme aufzufordern.

Gewerkschaftliches.

Die „unpolitischen“ Gelben.

Auf dem Stimmzettel des Nationalen Arbeitervereins wurde ein nationaler Stimmzettel gewählt. Vom Jahen sich anmelbenden Mitglieder wird die ehrenamtliche Erklärung verlangt, daß es nicht möglich irgendeiner Gewerkschaft oder eines Vereins mit gewerkschaftlichen Tendenzen ist.

Im hohemirischen Wald, also einer völlig katholischen Gegend, hat der Zentralverband deutscher Steinarbeiter (Stk Leipzig) viele Anhänger.

freundlich die Einladung angenommen, auch aus seinen großen Saal für die feierliche Handlung her und seinen Maizen unter den Eichen für Kaffeetrinken und Abendbrot.

Norman hatte den Auftrag erhalten, zusammen mit Mapp den Ehrenzug zu dirigieren, hauptsächlich mit Dynamitpatronen; er hielt sich hinter der Dausende und läßt sich in feinemem Maßstab mit einem Zergol.

— Nun, müssen wir auch gleich tanzen? grüßte Pastor Nordström.

— Nein, postandend, so eilig ist's denn doch nicht antwortete der Pastor, ohne verlegen zu werden.

— Wit du deiner Gattin auch sicher? fragte der Pastor, während die Banern grinsten.

— Ja, diesmal ist keine Gefahr; aber man kann nie wissen, wann's los geht, antwortete Carlsson, indem er dem Pastor seinen Ring anbot.

— Wer Professor kam, in Frack und weißem Halsstuch, mit schwarzem hohen Hut.

— Wo ist Gustaf's? rief man jetzt auf dem Hof und wiederholte es bis zur Eekeme.

Niemand antwortete. Meiner hatte ihn gesehen.

— Es ist wohl es wohl, wo er ist, erklärte Carlsson.

— Wo hat ihn draußen auf Norsten gesehen, hat ein Vogel gezwitschert; und ein Hund war mit ihm, der ihn zum Trinken heranlief.

(Fortsetzung folgt.)







